



---

## **Für einen umfassenden und effektiven Opferschutz**

Zwanzig Frauen und Mädchen wurden 2023 gemäss der polizeilichen Kriminalstatistik im häuslichen Bereich getötet. Zu weiteren Femiziden ausserhalb des häuslichen Kontextes gibt es in der Schweiz keine offiziellen Zahlen. Tötungsdelikte mit Bezug auf das Geschlecht sind keine Ausrutscher und keine Einzelfälle. Sie sind eingebettet in strukturelle Gewalt gegen Frauen, trans und non-binäre Personen und patriarchale Machtverhältnisse. Und sie sind das Resultat politischen Versagens im Bereich Opferschutz, Gewaltprävention und Gleichberechtigung.

Die Frauenhäuser sind am Limit. Immer wieder treten Engpässe bei der Bereitstellung von Schutzplätzen in Frauenhäusern auf. Im Juni 2024 hat die Dachorganisation Frauenhäuser Schweiz und Lichtenstein (DAO) Alarm geschlagen: Die Mehrheit der Frauenhäuser seien vollständig ausgelastet und der Schutz von Gewaltbetroffenen gefährdet. Unzureichende Schutzmassnahmen können tödliche Folgen haben. Die aktuelle Situation ist inakzeptabel. In der Schweiz gibt es nur 216 Familienzimmer, das sind 0,24 Familienzimmer pro 10'000 Einwohner:innen.<sup>1</sup> Somit unterschreitet die Schweiz das vom Europarat empfohlene Angebot von einem Familienzimmer pro 10'000 Einwohner:innen massgeblich.<sup>2</sup>

In den vergangenen Jahren haben wir wichtige Fortschritte im Bereich Sensibilisierung und Gewaltprävention gemacht. Zeitgleich ist die Anzahl Opferberatungen pro Jahr massiv gestiegen. Immer mehr Gewaltbetroffene finden den Weg zu den Beratungsstellen der Opferhilfe. Doch den wichtigen Fortschritten im Bereich der Sensibilisierung stehen grosse Lücken in der Finanzierung gegenüber. In vielen Kantonen fehlen bei Prävention und Beratungsstellen der Opferhilfe die finanziellen Ressourcen, um die gestiegene Nachfrage aufzufangen. Die Fachpersonen berichten von Überlastung, Zeitdruck und unvermeidbaren Qualitätseinbussen bei Beratungen und Betreuung. Ohne ausreichende finanzielle Ressourcen können Beratungsstellen ihren gesetzlichen Auftrag gemäss Opferhilfegesetz (OHG) und Istanbul-Konvention (IK) nicht erfüllen. Die Geldnot bei den Beratungsstellen gefährdet Gewaltbetroffene direkt und indirekt.

Die Lebensrealitäten von Gewaltbetroffenen sind sehr unterschiedlich. Aus internationalen Studien wissen wir, dass LGBTQIA+, Menschen mit Behinderungen, geflüchtete Personen, migrantische Personen und rassifizierte Personen ein erhöhtes Risiko haben, Opfer von Gewalt zu werden. Es ist essenziell, dass die Unterstützungsangebote für alle Gewaltbetroffenen zugänglich sind und die Fachpersonen sensibilisiert und ausgebildet werden im Umgang mit unterschiedlichen Zielgruppen und intersektionaler Diskriminierung.

Häusliche, sexualisierte und geschlechtsbezogene Gewalt gehören in der Schweiz zum Alltag. Jeden Tag lassen sich durchschnittlich 100 Gewaltbetroffene bei Opferhilfestellen

---

<sup>1</sup> Siehe DAO (2024), [Jahresbericht 2023](#).

<sup>2</sup> Siehe [Erläuternder Bericht zur Istanbul-Konvention](#), Artikel 135.

beraten. Drei von vier der beratenen Personen sind weiblich. Vier von fünf Tatpersonen sind männlich.<sup>3</sup> Wie viele Menschen insgesamt in der Schweiz von häuslicher, sexualisierter und geschlechtsbezogener Gewalt betroffen sind, lässt sich nur erahnen. Wir wissen, dass sich die grosse Mehrheit keine Unterstützung holt. Gemäss dem Swiss Crime Survey 2022<sup>4</sup> hatten nur 13.7% der Vergewaltigungsoffer Kontakt zu einer Beratungsstelle. Die Zahlen weisen auf einen sehr grossen Handlungsbedarf bezüglich der Zugänglichkeit und Bekanntheit der Unterstützungsangebote hin.

Die SP Schweiz fordert deshalb:

- Die Kantone müssen ausreichend Schutzplätze für Gewaltbetroffene schaffen und gemeinsam mit dem Bund die nachhaltige Finanzierung von Schutzunterkünften und Beratungsstellen der Opferhilfe sicherstellen.
- Bund und Kantone müssen sicherstellen, dass Unterstützungsangebote flächendeckend bekannt gemacht werden und alle Betroffenen von Gewalt den Schutz und die Hilfe erhalten, die sie brauchen.
- Schweizweit muss der Zugang zu Beratungsstellen und Schutzunterkünften für alle Gewaltbetroffenen niederschwellig und diskriminierungsfrei gewährleistet werden.

*Die SP Schweiz setzt sich mit aller Kraft dafür ein, diese Ziele zu erreichen. In den nächsten Jahren werden wir unsere Ressourcen und Energien auf allen Ebenen mobilisieren, um für den umfassenden Schutz von Gewaltbetroffenen zu kämpfen. Ein erster Schritt ist die Demonstration zum Auftakt der 16 Tage gegen Gewalt an Frauen vom 23. November 2024 in Bern!*

---

<sup>3</sup> Siehe BFS 2023, [Opferhilfestatistik 2022](#).

<sup>4</sup> Siehe ZHAW 2023. [Swiss Crime Survey 2022](#).